

II-1738 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIPL.-ING. DR. FRANZ FISCHLER
BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

WIEN, 1991 04 25
1012, Stubenring 1

Zl.10.930/20-IA10/91

Gegenstand: Schriftl.parl.Anfr.d.Abg.z.NR Anschöber,
Freunde und Freundinnen, Nr. 523/J vom
27. Feber 1991 betreffend Flußrückbauten

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz Fischer
Parlament
1017 W i e n

635 IAB
1991 -04- 26
zu 523 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Anschöber, Freunde und Freundinnen haben am 27. Feber 1991 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage mit der Nr. 523/J gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. In welchen Bundesländern werden zur Zeit Rückbauprogramme finanziert ?
2. Welches Finanzvolumen wird für diese Rückbauten in den einzelnen Bundesländern und insgesamt budgetiert ?
3. Gibt es auch Unterstützungen von seiten des Landwirtschaftsministeriums für diese Rückbauten ?
4. Halten Sie es für sinnvoll, daß auch bei Rückbauten und Renaturierungen die betroffenen Grundeigentümer Anliegerbeiträge entrichten müssen ?

- 2 -

5. Ziehen Sie eine Novellierung des Wasserbautenförderungsgesetzes in Erwägung, um dieses Hemmnis für rasche Rückbauten zu beseitigen ?
6. Werden in den einzelnen Bundesländern nach wie vor Flußbegradigungen und Uferbegradigungen durchgeführt ? Wenn ja, in welchen Bundesländern mit welchem Investitionsvolumen ?"

Diese Anfrage beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

Die Zielsetzung schutzwasserbaulicher Maßnahmen an Flüssen und Bächen auf der Grundlage des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katastrophenfondsgesetzes ist in erster Linie die Gewährleistung des notwendigen Schutzes von Leben, Hab und Gut vor Wasserverheerungen, Muren und Rutschungen.

Die Förderung von Rückbauprogrammen aus Bundesmitteln ist auf Grund der derzeitigen Rechtslage prinzipiell nicht möglich; Rückbauten in den Ländern werden derzeit auch nicht in nennenswertem Ausmaß durchgeführt.

Förderungsmittel des Bundes konnten nur für die im Anhang dargestellten Pilotprojekte bereitgestellt werden. Diese wurden und werden im Hinblick auf die Erprobung künftiger Gestaltungsmöglichkeiten zur Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit von Gewässern vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft durchgeführt; die Finanzierung erfolgte nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes.

Zu Frage 4:

Das Wasserrechtsgesetz normiert, daß Interessenten, die aus schutzwasserbaulichen Maßnahmen Vorteile ziehen, einen bestimmten Anteil an der Finanzierung zu tragen haben. Die Höhe des von den

- 3 -

Interessenten zu übernehmenden Anteiles richtet sich nach den einschlägigen Finanzierungs- und Förderungsbestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes.

Als Interessenten bzw. Beteiligte haben die Grundeigentümer mit der Realisierung von Gewässerausbaumaßnahmen einen Rechtsanspruch auf einen bestimmten, in der wasserrechtlichen Bewilligung bescheidmäßig festgelegten Hochwasserschutz erworben.

Eine nachfolgende Umgestaltung der Gewässer, gegebenenfalls mit Rücknahme des Schutzstandards, ist daher nur möglich, wenn die Grundeigentümer auf diesen Schutzstandard verzichten.

Eine neuerliche Einforderung von Anliegerbeiträgen von den betroffenen Grundeigentümern kann nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn dem Anlieger durch die Maßnahme neuerliche Vorteile erwachsen.

Zu Frage 5:

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat Ende 1989 den Entwurf einer Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz zur Begutachtung versendet. Hauptanliegen dieser Novelle sind nach wie vor die Katastrophenvorsorge und die Schadensbehebung nach Hochwasserereignissen. Gleichzeitig sollen die Vorgaben aus dem Wasserrechtsgesetz hinsichtlich des öffentlichen Interesses an einer Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer auch in die Finanzierungs- und Förderungsbestimmungen Eingang finden. Eine Überarbeitung des Entwurfes auf Grund des Begutachtungsverfahrens ist zur Zeit im Gange.

Zu Frage 6:

Schutzwasserbauliche Maßnahmen werden ausschließlich nur mehr im Einvernehmen und mit Zustimmung der jeweiligen Landesdienststellen für Naturschutz und Fischerei durchgeführt. Dabei wird grundsätzlich naturnahen Bauweisen der Vorzug gegeben. Maßnahmen des passiven

- 4 -

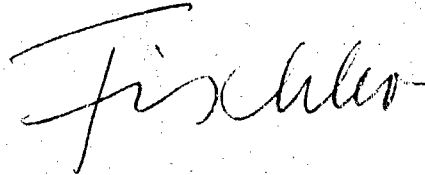
Hochwasserschutzes mit breitflächigem Rückhalt des Wassers im Umland und Ausbildung der natürlichen Flußdynamik werden gegenüber dem künstlichen Hochwasserrückhalt und allfälligen Maßnahmen im Bett- bzw. Uferbereich bevorzugt.

Bei diesen Maßnahmen wird die ökologische Funktionsfähigkeit weitgehend bewahrt, sodaß "Fluß- und Uferbegradigungen" im Sinne der Anfrage im Regelfall ausgeschlossen sind. In Extremsituationen, etwa in dicht verbauten Gebieten, kann die Gewährleistung eines ausreichenden Schutzes auch Baumaßnahmen wie z.B. Ufermauern erforderlich machen.

Die Abgrenzung von "Fluß- und Uferbegradigungen" gegenüber sonstigen Regulierungsmaßnahmen ist aus verwaltungstechnischen Gründen nicht möglich.

1 Beilage

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Fischer', written in a cursive style.

B E I L A G E

zur parlamentarischen Anfrage

Nr. 523/J

| Bundesland | Gewässer, Gde. | Beschreibung der Maßnahme | Erfordernis S | Bundesmittel S |
|------------|-----------------------|---|------------------|-------------------|
| Burgenland | Leitha, Gde.Zurndorf | Reaktivierung eines Altarmes | 5.000.000 | 4.800.000 |
| Kärnten | Lavant, Mettersdorf | Umgestaltung einer Regulie- rung aus den 40iger Jahren | 3.700.000 | 1.850.000 |
| NÖ. | Melk, St.Leonhard | Umgestaltung einer Regulie- rung auf 1,5 km | 2.820.000 | 1.410.000 |
| | Mödlingbach, Mödling | Gestaltung einer 300 m langen Ortsregulierung | 900.000 | 300.000 |
| | Kettlasbach, Schrick | Umgestaltung einer Regulie- rung in Zusammenhang mit einer Kommasierung | 3.500.000 | 1.400.000 |
| | Romaubach, Eggern | Umgestaltung einer Regulie- rung | 1.500.000 | 600.000 |
| | Braunaubach, Reinges | Umgestaltung einer Regulie- rung | 1.200.000 | 480.000 |
| | Taffa, Frauenhofen | Umgestaltung einer Regulie- rung in Zusammenhang mit einer Kommasisierung | 3.000.000 | 1.200.000 |
| Tirol | Isel, Lienz | ökologische Einbindung seitlicher Zubringer | 1.200.000 | 1.200.000 |
| Vbg. | Schwarzbach, Bludesch | Umgestaltung einer Orts- regulierung | 1.500.000 | 600.000 |
| Wien | Liesing | Umgestaltung einer Regulierung | 10.000.000 | 5.000.000 |
| | Untere Alte Donau | ökologische Ufergestaltung | 13.500.000 | 5.400.000 |